

Wettbewerb der Währungen

Eine Aufhebung des Monopols gesetzlicher Zahlungsmittel kann den Weg aus der Schuldenkrise ebnen

Die sogenannten Rettungsmaßnahmen, zu denen die Regierungen und ihre Zentralbanken in der europäischen Schuldenkrise greifen, wirken nicht. Weder kreditfinanzierte Staatsausgaben, durch die die Konjunktoren gestützt werden sollen, noch Kreditgarantien, durch die vermeintlich starke Staaten schwache Länder und Banken vor der Pleite bewahren wollen, noch die Nullzinspolitik und das unlimitierte Geldmengenausweiten der Zentralbanken werden die Krise lösen. All diese Politiken verlagern lediglich den Ausbruch der nächsten Krise in die Zukunft, zum Preis einer künftig umso größeren Krise.

Die aktuelle Misere ist eine Krise des weltweiten Papiergeldsystems. Ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen, chinesischer Renminbi, Britisches Pfund oder Schweizer Franken: Sie alle repräsentieren nicht einlösbares Geld, Geld in Form von Papierscheinen oder elektronischen Einträgen, das nach politischen Erwägungen durch Kreditvergabe 'aus dem Nichts' in Umlauf gebracht wird. Dieses Papiergeldsystem, das in den Händen staatlicher Zentralbanken liegt, hat in den vergangenen Jahrzehnten weltweit für ein geschichtlich bisher nicht beobachtbares Anwachsen der Verschuldung gesorgt: bei Staaten, Banken, aber auch bei Unternehmen und Konsumenten.

Das Tückische am staatlichen Papiergeldsystem ist, dass die Geldmenge per Kredit ausgeweitet werden kann, ohne dass dafür echte Ersparnisse vorliegen, und dass dabei der Zins künstlich auf immer tiefere Niveaus gedrückt wird. Der Anreiz zur Verschuldung steigt dadurch an. Regierende können im Zuge einer Niedrigzinspolitik durch kreditfinanzierte Ausgaben Wohltaten an ihre Wähler austeilen und so ihre Stimmenmehrheiten sicherstellen, ohne dass sie das Wahlvolk über Steuererhöhungen unmittelbar zur Kasse bitten müssen. Viele Bürger lassen nur zu gern das staatliche Füllhorn über sich ausschütten. Sie wollen die Wohltaten genießen und hoffen, dass nicht sie, sondern andere - die künftigen Steuerzahler - die offenen Rechnungen begleichen werden.

Auch Unternehmer unterliegen dem Anreiz des billigen Geldes, finanzieren zusehends Ausgaben per Kredit. Der künstlich gesenkte Zins veranlasst sie, Investitionen zu tätigen, die ohne ein künstliches Absenken des Zinses nicht angegangen worden wären, und deren wirtschaftlicher Erfolg davon abhängt, dass die Zinsen künstlich niedrig gehalten beziehungsweise sogar auf immer tiefere Niveaus geschleust werden.

Doch das neue, aus dem Nichts geschaffene Geld erzeugt lediglich einen Scheinaufschwung, der früher oder später in sich zusammenbrechen muss. Die Wirtschaftsleistung bleibt hinter dem chronischen Anwachsen der Schuldenlasten zurück, die Volkswirtschaften laufen in die Überschuldung. Immer mehr Kredit und Geld, bereitgestellt zu immer tieferen Zinsen, sind nötig, um die volkswirtschaftliche Produktions- und Beschäftigungsstruktur, die sich unter dem Papiergeldstrom herausgebildet hat, vor dem Kollaps zu bewahren. Nur mit immer mehr frischem Geld kann die Zahlungsunfähigkeit von Staaten, Banken, Unternehmen und Konsumenten abgewendet werden.

Weltweit haben die Zentralbanken daher begonnen - die Europäische Zentralbank (EZB) ist hier keine Ausnahme -, immer mehr neues Geld in Umlauf zu bringen, bereitgestellt zu Tiefstzinsen; die Geldpolitik dient dem Übertünchen der allgemeinen Insolvenz. Ein Ausstieg aus einer Politik der sich beschleunigenden Geldmengenausweitung ist technisch

zwar möglich, politisch jedoch kaum vorstellbar, vor allem dann nicht, wenn sie bereits über eine geraume Zeit verfolgt wurde. Denn was heute gescheut wird - die Pleite von Banken und Staaten in Kauf zu nehmen -, wird künftig erst recht nicht zugelassen. Vor die Wahl gestellt, Pleitewellen hinzunehmen oder neues Geld zu drucken, erscheint das Letztere den Regierenden und Regierten meist als die Politik des vergleichbar kleineren Übels.

Das Geldmengenausweiten ist der Weg in die Geldentwertung, im Extremfall in die Hyperinflation, das hat die traurige Geschichte des staatlichen Papiergeldes nur zu häufig schon gezeigt. Um dieser Entwicklung noch wirksam die Stirn zu bieten, wäre der Einstieg in einen Währungswettbewerb - wie er von Friedrich August von Hayek (1899-1992) empfohlen wurde - ein erfolgversprechender Weg. Um einen solchen Wettbewerb des Geldes im Euro-Raum in Gang zu setzen, wären zunächst alle Gesetze abzuschaffen, die einen solchen bislang behindern; hierzu zählt zum Beispiel die Abschaffung des Euro-Privilegs, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Dadurch werden die Marktakteure in die Lage versetzt, dasjenige Geld frei nachfragen und frei anbieten zu können, das ihren Wünschen am besten entspricht: den Euro, andere Währungen oder eben auch beides.

Im Zuge eines Währungswettbewerbs würden sich vermutlich intrinsisch wertvolle Sachgüter (wie vor allem zum Beispiel Gold und Silber) als Geld etablieren - eine Einschätzung, die sich auf Erkenntnisse stützt, die die Ökonomen Carl Menger (1840-1921) und nachfolgend Ludwig von Mises (1881-1973) erarbeitet haben. Ein Währungswettbewerb hätte eine Reihe von Vorteilen. Erstens erhöht sich der Druck auf die EZB, ihre Inflationspolitik zu begrenzen. Denn wenn sie eine inflationäre Geldpolitik verfolgt, wertet der Euro für alle sichtbar gegenüber den konkurrierenden Marktwährungen ab. Damit der Euro marktfähig bleibt, muss man zu einer besseren, werterhaltenden Politik umschwenken.

Zweitens steigt der Druck auf nationale Regierungen und Regierte, ihre Staatsfinanzen zu gesunden, und Banken werden angehalten, ihre Geschäftsrisiken enger zu begrenzen. Bei einem Währungswettbewerb können Staaten und Geschäftsbanken nämlich nicht mehr wie bisher davon ausgehen, dass die EZB ihnen in selbstverschuldeten Notlagen zu niedrigen Zinsen unlimitiert Geld bereitstellt. Drittens ruft ein freies Marktgeld, dessen Produktion marktwirtschaftlichen Prinzipien unterliegt, keine kostspieligen Störungen des Wirtschaftsgeschehens - wie Spekulationsblasen, Fehlinvestitionen und Überschuldung - hervor wie das ungedeckte Papiergeld. Und viertens: Ein Währungswettbewerb eröffnet den Marktakteuren Wahlmöglichkeiten, an gutes, wertstabiles Geld zu gelangen. Er schützt Bürger und Firmen vor dem Misserfolg des Papiergeldwahns. Mit der bisherigen Politik wird die Krise nicht gelöst, sondern verschlimmert.

Thorsten Polleit ist Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Frankfurt School of Finance and Management und Chefvolkswirt der Degussa Goldhandel GmbH.